

Kernforderungen zur Bundestagswahl 2025

In einer Zeit tiefgreifender globaler Veränderungen und Herausforderungen ist es unser Ziel, die Rahmenbedingungen für den Maschinen- und Anlagenbau so zu gestalten, dass unsere Unternehmen auch in Zukunft erfolgreich und wettbewerbsfähig bleiben. Die bevorstehende Bundestagswahl bietet eine entscheidende Gelegenheit, die Weichen für eine zukunftsfähige Industriepolitik zu stellen.

Für die Zukunft braucht es jetzt ein **Standort Upgrade!**

Unsere Forderungen und Positionen zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Innovationen zu fördern, den Fachkräftemangel zu bekämpfen und nachhaltiges Wachstum zu sichern. Wir setzen uns für eine moderne und effiziente Infrastruktur, eine technologieoffene Gesetzgebung und eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung ein. Gleichzeitig fordern wir eine konsequente Umsetzung der Klimaziele und eine nachhaltige Umweltpolitik, die den Anforderungen der Industrie gerecht wird. Der konsequente Abbau bürokratischer Vorgaben käme einem kostenfreien Konjunkturprogramm gleich!

Die folgenden Vorschläge sollen als Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der künftigen Regierung dienen, um die Zukunft des Maschinen- und Anlagenbaus in Deutschland und Europa zu sichern.

#StandortUpgrade



Handelsbarrieren abbauen und Freihandel stärken

Der Maschinenbau fordert eine Reform der Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung. Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

Die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus haben eine **Exportquote von rund 80%**. Damit Deutschland weiterhin eine Exportnation bleibt, fordert der VDMA, dass die Bundesregierung sicherstellt, dass sich die **Freihandelsabkommen** auf handelsspezifische Ziele wie Liberalisierung der Zölle, moderne Ursprungsregeln und faire Wettbewerbsbedingungen konzentrieren und nicht durch politische Ziele überladen werden. Zudem ist eine Reform des Exportkreditversicherungssystems notwendig, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

Angesichts des zunehmend schärfer werdenden **Wettbewerbs mit China**, der u.a. durch Marktverzerrungen der chinesischen Regierung verursacht wird, fordert der VDMA eine gezielte handelspolitische Strategie. Dazu gehört eine gezielte Erschließung neuer Märkte „beyond China“ sowie eine kritische Überprüfung der bestehenden handelspolitischen Instrumente im Einklang mit den WTO-Regeln. Dies trägt zur Diversifizierung und zur Resilienz des industriellen Mittelstandes bei.

€ 210 Mrd.

betragen die Exporte von Maschinen
und Anlagen aus Deutschland im
Jahr 2023. (VDMA, Destatis, eigene
Berechnungen)

Steuersystem zukunftsfähig reformieren

Der VDMA fordert eine geringere Steuerbelastung, einschließlich der Abschaffung des Solidaritätszuschlags und einer Unternehmensteuer von maximal 25%.

Der VDMA fordert eine **Reduzierung der Steuerbelastung** sowie eine **Vereinfachung des Steuersystems**.

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und eine **Senkung der Unternehmenssteuern auf maximal 25%** sind notwendig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. In der aktuellen wirtschaftlichen Lage würde eine Reform der Gewerbesteuer und eine Verbesserung des Verlustvor- und rücktrags wie z.B. durch die **Abschaffung der Mindestgewinnbesteuerung** die administrativen Hürden verringern und Unternehmen schneller Liquidität für Investitionen zuführen.

Zudem ist der Abbau steuerlicher Dokumentationspflichten sowie eine Digitalisierung des Steuerrechts erforderlich, um die Steuerbürokratie zu verringern.

Ein modernes Unternehmenssteuerrecht, das gute Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen setzt, hilft dem deutschen Maschinenbau, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Ca. 30%

beträgt der durchschnittliche
deutsche Unternehmenssteuersatz.
OECD-Durchschnitt ist 23%. (OECD)

Mut zu Reformen am Arbeitsmarkt

Der VDMA fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die Fachkräfte sichert, Leistung anerkennt, Flexibilität bietet und dadurch unsere Sozialsysteme stabilisiert.

Unsere Unternehmen sind erfolgreich, wenn sie qualifizierte Fachkräfte haben. Der **Fachkräftemangel** bleibt eine der größten Herausforderungen, besonders im Maschinen- und Anlagenbau, da über ein Viertel der Beschäftigten **55 Jahre** oder älter ist. In den nächsten zehn Jahren werden viele erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausscheiden.

Die nächste Bundesregierung muss **arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen** schaffen, die **Beschäftigung anreizen**. Dazu gehören **wettbewerbsfähige Lohnnebenkosten**, ein **modernes Arbeitszeitgesetz**, **Strukturreformen bei der Rente** und **weniger Bürokratie** im Arbeitsrecht.

Über 1 Mio.

Der Maschinenbau ist auch auf qualifizierte **Fachkräfte aus Drittstaaten** angewiesen. Das **Zeitarbeitsverbot** in der Fachkräfteeinwanderung muss fallen, **Visa- und Anerkennungsverfahren** müssen beschleunigt werden.

Eingriffe in die Tarifautonomie lehnen wir ab. Der Maschinenbau besteht überwiegend aus kleinen und mittleren Unternehmen, die trotz geringer Tarifbindung attraktive Arbeitgeber mit überdurchschnittlichen Gehältern und Ausbildungsquoten sind.

Menschen sind in Deutschland im Maschinen- und Anlagenbau beschäftigt. Damit sind wir der größte industrielle Arbeitgeber. (Destatis, VDMA)

Innovationen fördern und Zukunft gestalten

Das hohe Innovationstempo im Maschinen- und Anlagenbau braucht mehr Industrieorientierung in der Förderung, Stärkung der Gemeinschaftsforschung, Transferplattformen und den Ausbau der Forschungsförderung für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Der wichtigste Ingenieurarbeitgeber in Deutschland hält das Innovationstempo hoch. Alle drängenden Fragen unserer Zeit – Energie, Umwelt, Mobilität der Zukunft etc. – erfordern innovative Antworten aus dem Maschinen- und Anlagenbau. **Innovative Produktionstechnologien** sind die Grundlage zukunftsfähiger Arbeitsplätze und technologischer Souveränität. Eine gestärkte, anwendungsorientierte Produktionsforschung ist dafür unerlässlich.

20%

Forschungsergebnisse müssen über **Transferplattformen**, wie sie der VDMA bereits erfolgreich aufgebaut hat, besser in die Breite der Unternehmen kommen. Noch viel stärker in den Fokus der **Forschungsförderung** gehören Bottom-up-Ansätze, die das ganze Ökosystem adressieren. Dafür steht die **Industrielle Gemeinschaftsforschung**, die finanziell massiv ausgebaut werden sollte. Staatliche Mittel fließen hier nicht in die Industrie, sondern in die Wissenschaft mit Exzellenzbildung des Nachwuchses. Der **Brückenschlag zwischen Industrie und Wissenschaft** erfolgt höchst effizient und nachhaltig. Mit der steuerlichen Forschungsförderung gelingt es endlich, gerade auch den innovativen Mittelstand in der Breite zu erreichen. Die Forschungszulage ist bereits heute ein Erfolgsmodell im Maschinen- und Anlagenbau, das weiter ausgebaut werden sollte. Dies wäre eine Förderung nah am Arbeitsplatz und bringt die Volkswirtschaft als Ganzes langfristig auf einen höheren Wachstumspfad.

In der **Innovationsförderung** gilt es, Industrie und Verbände systematisch einzubeziehen. Mehr Industrieorientierung in der Innovationsförderung ist Gebot der Stunde. Auch benötigen die Unternehmen ein besseres Zusammenspiel der Förderinstrumente. Überlappungen und Dopplungen müssen beseitigt und der Förderdschungel gelichtet werden. Es gilt Leitplanken zu entwickeln, um den ungewollten Abfluss von anwendungsnahem, wettbewerbsrelevantem Wissen aus der Wissenschaft zu verhindern.

der Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt kommen aus Deutschland; vs. 18% USA; 13% Japan (Europäisches Patentamt)

Konsequente Nutzung von Klimaschutztechnologien für Wettbewerbsfähigkeit

Die Transformation zur Klimaneutralität bietet Deutschland und Europa eine große Wettbewerbschance. Um dieses Potenzial zu nutzen, müssen Emissionshandel und Klimaschutztechnologien effektiv und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

Für den langfristigen Erfolg von **Klimaschutztechnologien**, braucht es eine **verlässliche Klimapolitik** sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene. Alle Marktakteure müssen darauf vertrauen können, dass einmal etablierte Regeln langfristig gelten, damit Investitionen in Klimaschutztechnologien mit langen Investitionszyklen sich lohnen.

Damit der **Emissionshandel** als klimapolitisches Leitinstrument wirken kann, muss der ETS2 konsequent umgesetzt und auf einen globalen Emissionshandel hingearbeitet werden. Dabei ist jedoch die **Akzeptanz** zu gewährleisten. Zudem muss der Ausbau des europäischen

14,7 Mio. t. CO₂
lassen sich durch den Einsatz von
Gebäudeautomation einsparen. (Borderstep Institut)

Energiebinnenmarkts durch die Schaffung physischer Verbindungen sowie harmonisierter Marktregeln vorangetrieben werden. Ein **diskriminierungsfreier Marktrahmen für Klimaschutztechnologien** sollte etabliert werden, um industrielle Skalierungen und Kostensenkungen zu ermöglichen. Alle Sektoren müssen gleichberechtigt Zugang zu **Wasserstoff** und dessen Derivaten erhalten. Zudem ist ein langfristiger Marktrahmen für steuerbare, flexible Kapazitäten im Strom- und Wärmebereich und ein **Ausbau der Erneuerbare Energien** notwendig, um sowohl die Versorgungssicherheit zu gewährleisten als auch Investitionen zu fördern. Flexibilität und dynamische Anlagen zur Bereitstellung von Ausgleichsenergie sind ebenfalls notwendig, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.

Gleichzeitig muss der **Energieverbrauch** durch Energieeffizienz in den verschiedenen Sektoren des Klimaschutzgesetzes gesenkt werden. Eine Verengung auf bestimmte Klimaschutztechnologien lehnt der VDMA ab, da diese das immense Innovationstempo nicht abbilden können und hierdurch Fehlsteuerungen riskiert werden.

Infrastruktur zielgerichtet und nachhaltig ausbauen

Ca. € 400 Mrd.

Der Ausbau digitaler Infrastruktur und Investitionen in Energie- sowie Verkehrsinfrastruktur sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. Der VDMA fordert eine bessere Koordination zwischen Bund und Ländern für den beschleunigten Ausbau.

Der schnelle **Ausbau der digitalen Infrastruktur** sowie die Digitalisierung der Verwaltung sind entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern. Eine effiziente Koordination der Digitalpolitik auf Bundesebene ist notwendig, um die digitale Transformation voranzutreiben.

Ebenso spielen der **Ausbau Erneuerbarer Energien und die Modernisierung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur** eine zentrale Rolle, um die Energiewende erfolgreich umzusetzen und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Investitionen in diese Infrastruktur sind unerlässlich, um die Kosten der Energiewende zu senken und eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.

Der VDMA fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu beschleunigen und die Verwaltungsprozesse zu optimieren. Dies umfasst auch die Modernisierung der **Verkehrsinfrastruktur**, um den Transport von Gütern und Personen zu verbessern. Dies gilt insbesondere für den Großraum- und Schwertransport. Nur so lässt sich langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken.

müssen bis 2030 in die Transport-, Energie- und Digital-Infrastruktur investiert werden. 2,5-mal der jährliche Bau-Umsatz. (BDI, Analyse BCG und IW, eigene Berechnung und Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.)

Bürokratieabbau konsequent vorantreiben

Der Maschinen- und Anlagenbau treibt die nachhaltige Transformation voran. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Unternehmen entlastet und ESG-Vorgaben praxisnah umgesetzt werden.

Der Maschinen- und Anlagenbau spielt eine Schlüsselrolle in der nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, benötigen Unternehmen jedoch eine Entlastung von Bürokratie. Besonders die Berichtspflichten und bürokratischen Anforderungen im Zusammenhang mit Transparenzpflichten belasten die Unternehmen zunehmend und gefährden ihre Wettbewerbsfähigkeit. Der Mittelstand ist besonders betroffen, bei gleichzeitig begrenztem Effekt auf die globalen Nachhaltigkeitsziele.

Der VDMA fordert eine bürokratiearme Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie, um diese Belastungen zu verringern. Auch eine Aussetzung und dann Ersetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ist bis zur Anwendung der EU-Richtlinie notwendig. Eine Überarbeitung weiterer Regularien des EU Green Deals ist entscheidend, um Bürokratiekosten zu senken. Wegen der weitreichenden Trickle-Down-Effekte sind gerade auch KMU zunehmend indirekt betroffen. Alle ESG-Vorgaben sollten auf ihre Praxistauglichkeit überprüft und im öffentlichen Beschaffungswesen angewendet werden.

812

In der letzten Wahlperiode wurden von der EU 812 Delegierte Rechtsakte beschlossen.

Das sind 4,5-mal mehr als noch vor zwei Wahlperioden. (Europäische Kommission)

Ein **risikobasierter Ansatz** bei der PFAS-Beschränkung und der REACH-Revision ist erforderlich, um unnötige Belastungen zu vermeiden. Ein **Totalverbot** von chemischen Stoffen lehnen wir ab. Realistische und messbare Ökodesignanforderungen sind notwendig, um die Nachhaltigkeit der Produkte zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Das **Datenmanagement** zu Berichtspflichten sollte so einfach wie möglich gestaltet werden, um Kosten zu vermeiden. Zudem sind die Beschleunigung und Vereinfachung von **Genehmigungsverfahren** unerlässlich, um die industrielle Transformation voranzutreiben und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.